

Schwäbisch Gmünd Resolution 2011 „Religionsfreiheit im Arabischen Frühling“



Wir fordern umfassende Religionsfreiheit in der arabischen Welt, denn sie ist entscheidende Grundlage für nachhaltige Veränderungen und stabile Demokratien

Was in Tunesien und Ägypten als „Arabischer Frühling“ begann, hat mittlerweile die gesamte Region erfasst. Menschen überwinden ihre Angst und stehen gegen Diktaturen und fehlende Rechtsstaatlichkeit auf. Als Bürgerinnen und Bürger fordern sie Freiheit, Gleichheit und demokratische Strukturen.

Den Menschen der arabischen Welt, die sich mit Mut für den Aufbau freier Gesellschaften einsetzen, bringen wir großen Respekt entgegen. Die Entwicklungen der letzten Monate hin zu mehr Teilhabe der Bevölkerung am gesellschaftlichen und politischen Leben erfüllt uns mit tiefer Freude.

Im Zuge des Umbruchs kam es auch zu positiven Begegnungen und Gesprächen zwischen Menschen unterschiedlicher Religion, Kultur und Herkunft. Die Bilder von Muslimen und Christen, die gemeinsam für Freiheit demonstrierten, gingen um die Welt. Inzwischen geben wiederholte Ausbrüche von Gewalt allerdings Anlass zur Sorge. Sie gefährden den Aufbruch zu Dialog und Begegnung unterschiedlicher Menschen.

Noch ist offen, in welche Richtung die Entwicklungen in der Region gehen. Angesichts der großen Unterschiede der einzelnen Länder ist ohnehin eine differenzierte Betrachtungsweise notwendig.

Zwei Aspekte gelten jedoch für die gesamte Region. Von ihrer Berücksichtigung wird abhängen, ob es ein wirklicher „Aufbruch“ werden kann oder die Region in Gewalt und Stagnation abgleitet:

a) Zu einer funktionierenden Demokratie gehört mehr als das Abhalten von Wahlen.

Eine rechtsstaatliche Demokratie ist zwar die Staatsform, die auf Dauer Freiheit, Menschenrechte und wirtschaftlichen Wohlstand gewährleisten kann. Sie setzt die Politik durch die Möglichkeit, Regierungen ohne Blutvergießen wieder loszuwerden, unter einen positiven Druck, nach Lösungen für anstehende Herausforderungen zu suchen.

Wahlen begründen aber nicht Demokratie, sondern sind nur ein Element davon. Rechtsstaatlichkeit und ein effektiver Schutz von Personen, die einer Minderheit angehören, müssen dazu kommen, damit die Mehrheit nicht selbst schrankenlos herrscht. Bei den Umbrüchen in der arabischen Welt muss daher dringend ein besonderes Augenmerk auf den Schutz ethnischer und religiöser Minderheiten gelegt werden.

Wahlen sind die Ausdrucksform freier Bürgerinnen und Bürger, die ihnen die Mitgestaltung der Gesellschaft bieten sollte. Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sind das Ziel.

b) Es kann keine echte Freiheit und keine Menschenrechte ohne Meinungs-, Gewissens- und Religionsfreiheit geben.

So vielversprechend der „arabische Frühling“ begann, hat es nun den Anschein, als ob nur wenigen Akteuren die mangelnde Religionsfreiheit als eines der deutlichsten Kennzeichen fehlender Freiheit bewusst ist. Dabei ist fehlende Religionsfreiheit auf das engste und untrennbar mit vielen anderen Problemen dieser Länder verknüpft.

Das Wesen des Menschen verlangt nach der Möglichkeit, die Ursprünge und Bedeutung der menschlichen Existenz zu erkunden, und einen Glauben eigener Wahl annehmen zu können. Die Verfassungen und Rechtssysteme in vielen Ländern der Region anerkennen zwar einige christliche und einheimische Religionsgemeinschaften. Aber diese Gemeinschaften erleben dennoch keine rechtliche Gleichbehandlung und sind täglich Marginalisierung, Diskriminierung oder sogar Verfolgung ohne entschiedene und ausreichende Schutzvorkehrungen von Seiten des Staates ausgesetzt.

Religionsfreiheit wird sich nicht von selbst einstellen, sondern bedarf des bewussten Willens und des Einsatzes aller Beteiligten. In vielen Ländern des „Arabischen Frühlings“ sind Christen die mit Abstand größte Minderheit. In Ägypten machen sie etwa ein Zehntel der Bevölkerung aus. Hinzu kommt eine kontinuierlich größer werdende Zahl von Menschen, die sich aus freien Stücken zum Christentum zählen, obwohl sie weder aufgrund Geburt noch aufgrund ihres Ausweises als solche einzuordnen sind.

Wir nehmen in diesem Zusammenhang wohlwollend die Arabische Charta der Menschenrechte von 2004 zur Kenntnis, die die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, sowie den Internationalen Pakt für bürgerliche und politische Rechte anerkennt und für die Länder als verbindlich erklärt. Sie kann als Grundlage bei den jetzt begonnenen Verfassungsreformen dienen.

Mit dieser Perspektive blicken wir auf die Entwicklungen in der arabischen Welt. Als Vertreter von über 20 christlichen Organisationen, die mit vielen Menschen der Region in vielfältiger Weise verbunden sind, ergeben sich für uns eine Reihe von Selbstverpflichtungen und Forderungen. Wir bekräftigen und unterstützen hiermit das, was die Religious Liberty Partnership im Mai 2011 formuliert hat¹, deren Paper uns in vielen Punkten inspiriert hat:

Wir verpflichten uns selbst:

- gut informiert und konkret für die arabische Welt, für die dort lebenden Menschen und die politisch Verantwortlichen zu beten. Mögen sie Freiheit, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit erfahren.
- das Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit wachzuhalten, dass es einen Überlebenskampf religiöser Minderheiten in all diesen Ländern gibt.
- all jenen beizustehen und sie zu ermutigen, die für größere Freiheit, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für Christen und andere Religionen in der arabischen Welt arbeiten (NGOs, Politiker, Wirtschaftstreibende, Hilfsorganisationen, usw.).

¹ On the Calls for Freedom in the Middle East and North Africa. A statement issued by the Religious Liberty Partnership. May 2011. <http://www.rlppartnership.org/>

Wir fordern die Kirchen auf:

- dass sie Kontakte zu christlichen Gemeinden und Kirchenbünden in der arabischen Welt aufnehmen, pflegen und ihnen gewünschte und benötigte Unterstützung gewähren.
- dass die Gemeinden die Thematik der Christenverfolgung aufnehmen und regelmäßig für die verfolgten Christen beten.

Wir fordern die politisch Verantwortlichen in der arabischen Welt auf:

- dass sie sich bei den anstehenden Verfassungsreformen von den Prinzipien Freiheit, Gleichberechtigung und Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger leiten lassen und diese prägenden Charakter bekommen. Auch in der Praxis muss sichergestellt sein, dass alle Menschen im öffentlichen Leben gleich behandelt werden, einschließlich der Teilhabe an Wirtschaft und Bildung.
- dass sie in der Zeit des Aufbaus neuer gesellschaftlicher und politischer Strukturen ein besonderes Augenmerk auf den Schutz der Rechte von Minderheiten richten.
- dass sie sofort auf jede Form von Gewalt gegen Religionsgemeinschaften oder deren Mitglieder reagieren, eine korrekte und zügige polizeiliche Ermittlung sicherstellen, die die Gesetzesübertreter vor Gericht bringt und einer gerechten Strafe zukommen lassen.
- dass Religionsfreiheit umfassend verwirklicht wird. Dazu gehören gemäß Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte das Recht, eine Religion oder eine Glaubensrichtung eigener Wahl anzunehmen sowie das Recht, zu glauben oder nicht zu glauben und auch das Recht, seine Religion zu wechseln.
- dass sichergestellt wird, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, sei es persönlich oder als Gruppe, im Privaten oder öffentlich, ihre Religion oder ihren Glauben auszuleben, in gottesdienstlichen Versammlungen, Riten und Unterweisung.
- dass sichergestellt wird, dass für alle religiösen Gruppen bei der Gesetzgebung, die ihre Anerkennung, Registrierung, sowie den Erwerb und das Führen von Versammlungsstätten betrifft, gleiches Recht wie für alle anderen Bürgerinnen und Bürger und Entitäten/Körperschaften gilt.
- dass das Recht auf Lehre, Verkündigung und Ausbreitung eines Glaubens oder einer Religion sichergestellt ist. Dieses Recht muss in einer Art ausgeübt werden, die die Rechte Anderer respektiert, von allen Formen der unkorrekten Beeinflussung absieht, und nicht mit Druck geschieht.
- dass sichergestellt ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, ihren Glauben oder ihre Religion in das öffentliche Leben zu tragen, und dass sie sich so am politischen Diskurs des Landes beteiligen können. Es ist ein allgemeines Kennzeichen vieler Glaubensrichtungen, dass ethische Aspekte des Glaubens alle Bereiche des Lebens berühren.

Wir fordern die westliche Welt auf:

- sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass Religionsfreiheit in der arabischen Welt verwirklicht wird und bei Gesprächen vor Ort darauf zu achten, dass die grundlegende Bedeutung derselben für politische und wirtschaftliche Stabilität und als ein Bollwerk gegen religiösen Extremismus immer wieder hervorgehoben wird.

- darauf zu achten, dass auch durch humanitäre Hilfe und politische Unterstützung für die Zivilgesellschaft Religionsfreiheit gefördert wird.
- dass die Politiker unserer Parlamente bei ihren Reisen in die betroffenen Länder das Thema Religionsfreiheit ansprechen und den Kontakt zu Vertretern der Minderheiten suchen.
- dass Geschäftsreisende, Ingenieure und Wirtschaftsvertreter bei ihren Kontakten in der arabischen Welt die Frage der Religionsfreiheit zur Sprache bringen und ihren Einfluss geltend machen.
-

Wir fordern umfassende Religionsfreiheit in der arabischen Welt, denn sie ist entscheidende Grundlage für nachhaltige Veränderungen und stabile Demokratien

Schwäbisch Gmünd, im Oktober 2011

Im Auftrag der Veranstalter und Kooperationspartner des Kongresses „Christenverfolgung heute“

Kuno Kallnbach, Andreas Wieland und Dr. Daniel Ottenberg

www.religionsfreiheit-arabischer-fruehling.de
agr Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit



Christlicher Hilfsbund
im Orient



HELFENDE HÄNDE
für die Armen e.V.



ÖSTERREICHISCHE
EVANGELISCHE
ALLIANZ



Hilfe für Brüder International



Arabian Peninsula Partnership



HMK
Hilfsaktion Märtyrerkirche e.V.



Internationale Konferenz